

Ressort: Finanzen

Streit um St. Petersburger Wirtschaftsforum geht weiter

Berlin, 14.05.2014, 12:36 Uhr

GDN - Der Streit um die Teilnahme am St. Petersburger Wirtschaftsforum geht weiter. Nun haben mehrere Politiker von CDU, SPD, Linken und FDP deutsche Top-Manager ermuntert, nach Russland zu fahren.

Sie stellten sich damit gegen die US-Regierung, die von der Teilnahme abgeraten und wegen der Ukraine-Krise von einer "unangemessenen Botschaft" gewarnt hatte. Wichtige US-CEOs hatten daraufhin ihre Zusagen wieder zurückgezogen. "Gerade in der derzeitigen Situation sind Gespräche auf allen Ebenen wichtig und richtig, sowohl auf politischer, militärischer als auch auf zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene", sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer (CDU), "Handelsblatt-Online". "Es gilt, jede Chance zu nutzen, um deutlich zu machen, was – auch wirtschaftlich – auf dem Spiel steht." Denn wenn durch das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands die Lage in der Ukraine weiter eskaliere, werde es am Ende auf allen Seiten nur Verlierer geben. Ähnlich äußerte sich der Vize-Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Klaus Barthel (SPD). "Ich halte es für unangemessen und unklug, Russland und Putin unter Quarantäne zu stellen", sagte Barthel "Handelsblatt-Online". Die Frage sei, wer eigentlich ein Interesse an einer Eskalation im Ukraine-Konflikt habe und was das konkrete Ziel einer "Kontaktsperre" bei einer solchen "Eskalationsstrategie" sein solle. Der Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Klaus Ernst, plädierte ebenfalls für eine Teilnahme deutscher Wirtschaftsgrößen an der Wirtschaftskonferenz vom 22. bis 24. Mai in St. Petersburg, auf der auch Russlands Präsident Wladimir Putin sprechen wird. "Reden ist richtig. Reden ist wichtig", sagte Ernst "Handelsblatt-Online". Die wirtschaftlichen Folgen einer weiteren Eskalation hätte vor allem Deutschland zu tragen. "Allein deshalb ist es gut, wenn auf allen Kanälen Gesprächskanäle offen gehalten werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-34556/streit-um-st-petersburger-wirtschaftsforum-geht-weiter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619